

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und Redakteur: 81
Karl Hony

Wien, am Freitag, den 5. März 1926.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 5. März 1926.

Bürgermeister Seitz eröffnet um halb sieben Uhr die Sitzung

wird
Ohne Wortmeldung hierauf eine Reihe von Anträgen angenommen. Darunter die Aufstellung eines Dampfkessels im Gaswerk Simmering (Kosten 350.000 Schilling), der Bau eines Teiles der Wagenhalle im III. Bezirk (340.000 Schilling), ein Kredit von 310.000 Schilling zur Verbesserung des Oberbaues auf den Stadtbahnlinien, der Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" mit einem Kredit von 10.000 Schilling für Preise und Diplome

G.R. Merbaul (chr. soz.) befürchtet dass die Oeffnung für die Führung über beiden Linien zu knapp sein wird und eine Gefährdung der Sicherheit möglich ist. Er wünscht die Aufstellung von Warnungstafeln. Redner verlangt ferner die Umlegung des Gleises neben der Matzleinsdorfer Kirche, weil dort knapp am Eingang der Sakristei das Gleis vorübergeht, und die Umstellung der Haltestellentafel und eines Gaskandelabers am Margaretengürtel nächst der Kliebergasse.

Der Referent sagt die Berücksichtigung der Wünsche und die Weiterleitung an die Strassenbahndirektion zu, worauf der Antrag angenommen wird.

sowie folgende Subventionen: An den Verein zur Errichtung und Erhaltung der Suppen- und Teeanstalt 3000 Schilling, die Vereinigung der arbeitenden Frauen 2000 S., die österreichische Gesellschaft für Sozialpolitik 1000 Schilling, die Gartenbauschule für die Schwerhörige und Hörlose 600 S., Wiener Messe 50.000 S., dem Komitee zur Vorbereitung der Beethoven-Zentenarfeier 4000 S., die Lehrerarbeitsgemeinschaft "Lichtbild" 10.000 Schilling, die Internationalen Hochschulkurse 2000 S., dem Vereine Carnuntum 1200 S., die Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule des österreichischen Museums 2000 S., die Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich 4000 S., die Neue Oesterreichische Biographie 1000 S., und der Pädagogischen Gesellschaft 1500 S.

G.R. Rausnitz beantragt einen Kredit von 153.000 Schilling für die Erneuerung und Umlegung der Gleise am Matzleinsdorferplatz. Damit soll einem Wunsche der Verkehrspolizei entsprechen und die beiden Strassenbahngleise in die mittlere Oeffnung verlegt werden.

G.R. Schütz (soz. dem.) beantragt eine Baulinienabänderung in der Engerthstrasse im II. Bezirk. Im Zusammenhang damit soll auch Inundationsrayons des Donaustromes gegen den Prater zu die Wehlstrasse als Hochwasserschutzdamm ausgebildet werden und auf die Höhe der Engerthstrasse gebracht werden, die bereits hochwasserfrei angelegt ist.

Der Antrag wird, nachdem Gr. Körber dazu gesprochen, angenommen.

St.R. Siegel beantragt für die Errichtung von Kinderfreibädern im Arenbergpark, auf dem Margaretengürtel neben der Stadtbahnstation und im Türkenschanzpark, die Kosten von 232.340 Schilling zu genehmigen.

G.R. Binder (chr. soz.) tritt dafür ein, dass das Kinderfreibad im III. Bezirk nicht im Arenbergpark, der räumlich beschränkt sei, errichtet werde, sondern dass ein anderer Platz hierfür ausfindig gemacht werden müsse.

St.R. Siegel entgegnet, es sei seinerzeit versucht worden, einen Platz im Belvedere zu erlangen, aber die Gemeinde habe bei der Bundesverwaltung kein Entgegenkommen gefunden. Man musste also den Arenbergpark wählen.

Der Antrag wird angenommen.

St.R. Siegel berichtet über den Entwurf der Wohnhausanlage im XII. Bezirk, Wkenerbergstrasse- Unter Meidlingerstrasse und beantragt die Genehmigung des Kostenvoranschlages von 5 1/3 Millionen Schilling.

G.R. Müller (chr. soz.) bemängelt die geringe Grösse der Wohnräume in diesem Wohnhausbau, auch hätten die Bewohner dieses Bezirksteiles gewünscht, dass die Feuerwehr nicht in das neue Haus, sondern in einem eigenen Bau hineinkomme; hierfür wäre ein Platz in der Draschegasse sehr geeignet.

In seinem Schlussworte verweist der Referent darauf, dass die Grösse der Wohnungen durchaus entsprechend sei und die Unterbringung der Feuerwehr in der Wohnhausanlage sei sorgfältig erwogen und die Einrichtungen im Einvernehmen mit der Feuerwehr geschaffen worden sie werden als besonderes Muster gelten können.

Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Prof. Dr. Tandler beantragt einen Zuschusskredit von 20.240 Schilling für die Errichtung von drei Kindergärten im X. Bezirk.

Nach dem Gemeinderat Haider (chr. soz.) die unklare Stilisierung dieses Antrages bemängelt und der Referent Aufklärung gegeben hatte, wird der Antrag angenommen.

G.R. Iser beantragt zur Deckung der sich ergebenden Mehrerfordernisse zur Anschaffung von Betriebsmaterialien, Fuhrwerkskosten, Gartenwesen, Zuschusskredite in der Höhe von 117.598 Schilling und 13.587 Schilling zu bewilligen.

G.R. Körber (chr. soz.) wünscht die Ausgestaltung des Parkes bei der Reichsbrücke.

G.R. Iser verweist darauf, dass die gegenwertige Gemeindeverwaltung besonderes Augenmerk der Ausgestaltung der Gartenanlagen zugewendet hat und im Jahre 1925 50.000 Quadratmeter Neuanlagen schuf. Der Antrag wird hierauf angenommen.

Stadtrat Breitner leitet die Verhandlungen über den Rechnungsabschluss der Gemeinde für das Jahr 1924 ein. Er führt aus: Schon bei der Beratung des Voranschlages für das Jahr 1926 wurden die Ergebnisse der Gebarung des Jahres 1924 mitgeteilt. Es wurde dabei von der Minorität Kritik geübt, dass die Einnahmen weit über das Präliminare hinausgegangen sind und auch der Mehrheit der Vorwurf gemacht, dass hier eine Verschleierung vorliege. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Vor allem muss festgestellt werden, dass die Zahlen des Voranschlages für das Jahr 1924 auf Grund der tatsächlichen Einnahme des Jahres 1923 erstellt worden sind. Man muss sich nun in diese Zeit zurückversetzen. Es war dies im Oktober 1923. Nach der Stabilisierung der Krone glaubte man, dass nun auch eine Zeit der stabilen Wirtschaftsführung kommen werde. Das ist aber in keiner Weise eingetreten und wir sind noch weit entfernt von gleichbleibenden Verhältnissen. Gerade im Jahre 1924 haben sich vielfache Ueberraschungen vollzogen. Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklung der Löhne und Preise sich nicht mit der Stabilisierung der Währung vollzogen hat, sondern es hat viele Monate gedauert, bis sich auch hier eine gewisse ruhige Situation ergeben hat. Das kommt am besten in dem Ertrag der Fürsorgeabgabe zum Ausdruck, die ja die Entwicklung der Löhne mitmacht. Andererseits begann 1924 der Zusammenbruch vieler Bankinstitute, ereignete sich der Francosturz, was auch mit einem unerwarteten Rückgang gewisser städtischer Abgaben, wie insbesondere der Automobilsteuer, verbunden gewesen ist. Entscheidend bei der Beurteilung dieses Rechnungsabschlusses ist

aber auch eine Vergleich mit den Rechnungsabschlüssen anderer öffentlicher Körperschaften. In dieser Beziehung sei vorerst auf den Rechnungsabschluss des Bundes für das Jahr 1924 verwiesen. Dort kann man lesen, dass die tatsächlichen Einnahmen um 80,66 Prozent günstiger waren, als im Präliminare angenommen worden ist! Zu dieser Zeit ist Herr Dr. Kienböck Finanzminister des Bundes gewesen, dem man wohl allseits das Zeugnis ausstellen wird, dass er ein Mann von grosser, ja geradezu pedantischer Genauigkeit gewesen ist. Ihm wird man wohl am wenigsten den Vorwurf machen, dass er absichtlich dem Nationalrat einen Rechnungsabschluss vorgelegt hat, der den Voranschlag in seinen Einnahmen um mehr als achtzig Prozent überstieg! Es hat sich, trotz grösster Genauigkeit, auch beim Bund gezeigt, dass das Präliminare nicht genau ermittelt werden konnte, ja gerade grundfalsch war! Vielfach hat der Bund nur ein Viertel des wirklich eingenommenen Steuerertrages präliminiert gehabt. So wurde die Schaumweinsteuer mit 1,8 Milliarden veranschlagt, der Ertrag war 7 Milliarden! Die Stempel- und Rechtsgebühren sind mit 375 Milliarden eingesetzt worden, eingenommen wurden aber 758 Milliarden! Die Warenumsatzsteuer hat der Bund für das Jahr 1924 mit 1400 Milliarden präliminiert gehabt, in Wirklichkeit wurden 2007 Milliarden eingenommen!

Gar nicht anders ist es bei den anderen öffentlichen Verwaltungen. Das Land Oberösterreich hat im Jahre 1924 nach dem Rechnungsabschluss um 74 Prozent mehr an Steuern eingenommen, als im Voranschlag vorgesehen war. Wir in Wien haben nur um 59 Prozent mehr vereinnahmt. Das Land Tirol lockt direkt zu einem Vergleich mit Wien heraus. In seinen Einnahmen und Ausgaben weist es genau ein Zweiundvierzigstel der Wiener Zahlen auf. Merkwürdigerweise hat auch Tirol ursprünglich den Abgang in der Höhe eines Zweiundvierzigstels des Wiener Defizits in den Voranschlag eingesetzt! Noch merkwürdiger ist aber das weitere Spiel des Zufalls, dass nun Tirol für das Jahr 1924 ein Zweiundvierzigstel des Wiener Ueberschusses ausweist! Also auch dort die gleiche Gebarung, obwohl es sich keineswegs um Sozialdemokraten handelt.

Entscheidend aber ist für uns die Feststellung, dass wir unser Investitionsprogramm nicht nur restlos erfüllt haben, sondern sogar noch überboten haben. Vorgesehen waren zum Beispiel Bauführungen um 805 Milliarden, während wir für 924 Milliarden Kronen ausgeführt haben. Ein Minus ergibt sich nur bei drei Positionen. Nicht ausgeführt konnte der Bau des Kinderpflegeheims in Grinzing werden, weil der Baugrund nicht zu haben war. Hier wird als Ersatz am Tivoli gebaut werden. In Wegfall kamen auch gewisse Bauten in Lainz. Hingegen ergeben sich in vielen Gruppen Mehraufwände für produktive Zwecke. Wir haben für die Modernisierung des Mistbauers, also für die Anschaffung von Coloniagefässen 29 Milliarden eingesetzt und 36 Milliarden ausgegeben, weil die Firmen rasch geliefert haben. Ähnliche Verhältnisse ergaben sich noch vielfach in den einzelnen Verwaltungszweigen. Redner richtet an den Gemeinderat das Ersuchen, den Rechnungsabschluss zu genehmigen. (Lebhafter Beifall)

St. R. Zimmerl (chr. soz.) beanständet, dass seit dem Budget noch immer nicht der Rechnungsabschluss auf die Tagesordnung gesetzt wurde und verlangt die endliche Aufstellung eines Inventariums damit die Behauptung widerlegt wird, dass die christlichsoziale Gemeindeverwaltung nur leere Kassen und stinkendes Sauerkraut zurückzulassen habe. Befremdend wirkt, dass nicht mehr die Buchhaltung, sondern die Magistratsabteilung 4 den Rechnungsabschluss zeichnet. Redner befasst sich eingehend mit den Erträgen der einzelnen Abgaben und wendet sich gegen die Spannung zwischen Voranschlag und tatsächlichem Ergebnis. Diese ist in einzelnen Fällen besonders gross. So wurde die Fürsorgeabgabe mit 450 Milliarden präliminiert, ergab aber 658 Milliarden Kro-

nen. Vom Rechnungsabschluss kann man sagen, dass er ^{wieder} bewusst unrichtig erstellt wurde. Wenn ich seinerzeit von einer frivolen Finanzgebarung gesprochen habe, so spreche ich dieses Wort heute wieder aus. Es wäre eine Möglichkeit gegeben, im Laufe des Jahres Massnahmen zu treffen, wenn die Steuern zu viel abwerfen. Gelegentlich einer Budgetüberschreitung von zehn Millionen im Nationalrat sprach man davon, die Regierung solle auf die Anklagebank gesetzt werden. Wohin müsste man dann den Stadtrat Breitner setzen? Die Kassenbestände aber sind dabei so hoch und die Wirtschaft dieser Stadt wird immer weiter ruiniert. Veranschlagt waren die Grundsteuer mit vier Milliarden, das Ertragnis aber waren 5,4 Milliarden die Steigerung bei der Wohnbausteuer betrug gar 56 Milliarden und die ungeheure Steigerung der Fürsorgeabgabe wurde schon erwähnt. Hervorgehoben werden muss, dass das Formelle des Rechnungsabschlusses einwandfrei ist, die Arbeit die hier geleistet wurde war sehr gut, ermöglicht eine leichte Uebersicht und gibt auch entsprechende Erläuterungen. Diese Erläuterungen erklären zum Beispiel die Mehreinnahmen aus den Lohnerhöhungen und dem unausgesetzt sich verbessernden Steuererfassung. Das ist nun sehr richtig, denn wie diese Steuer rücksichtslos erfasst ist, welche Gruppen herangezogen werden, das ist beispiellos. Auch die Steigerung der Lustbarkeitsabgabe beträgt über hundert Prozent, und erklärt sich aus der brutalen Einhebung. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe erfuhr eine Steigerung von 67 Milliarden. Keine Freude kann/ferner an der Fremdenzimmerabgabe haben, die statt 28 61 Milliarden abwarf. Ja die Wertzuwachsabgabe stieg auf das Vierfache von 20 auf 78 Milliarden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Plakat abgabe und den anderen Abgaben.

Wie man aus den Zinsenerträgen rückschliessen kann, beitragen die Kassenbestände über eine Billion, über eine Billion liegt in den Banken, und in dieser Zeit wagte man es, die Steuern zu erhöhen. Im Einnahmen sind Sie grosszügig, doch Sie ruinieren dabei die Wirtschaft und leisten sehr wenig, einzig und allein nur für die aus parteipolitischen Interessen aufgeführten Wohnhausbauten. Wir können von unserem Standpunkt daher nicht für den Rechnungsabschluss stimmen, sondern müssen ihn ablehnen.

G. R. Binder (chr. soz.) bespricht die Wirkungen der Lustbarkeitsabgabe, die allerdings ermässigt wurde, dafür aber werde jetzt mit Hochdruck und Anwendung von allerhand Spitzfindigkeiten gearbeitet, um einen möglichst hohen Ertrag aus der Abgabe zu gewinnen. Der Blumenverkauf werde besonders strenge kontrolliert. Die gegenwärtig betriebene Methode ziele nur darauf ab, die bewilligte Ermässigung doppelt hereinzubringen. Besonders die Vereinsveranstaltungen werden hart auf's Korn genommen und man unterwerfe Veranstaltungen der Lustbarkeitsabgabe, die gar nicht der Lustbarkeit dienen. Beispielsweise werden Kirchgänge, wenn sie unter Musikbegleitung stattfinden, als Lustbarkeit behandelt und besteuert. Diese rücksichtslose Art der Bemessung sei auf die Dauer unhaltbar, der Finanzreferent möge doch ein Einsehen haben und mehr Entgegenkommen zeigen. Auch die Nahrungs- und Genussmittelabgabe bedürfe einer starken Revision. Leider sei eine Aenderung erst dann zu erwarten, wenn Stadtrat Breitner von seinem Platze verschwindet.

Vorsitzender Gemeinderat Weigl bricht die Verhandlungen über diesen Gegenstand ab.

Gemeinderat Preyer und Genossen haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, in dem verlangt wird, dass der Bürgermeister dem Gemeinderat bekanntgeben möge, ob und welche Verpflichtungen gegenüber der Kreditanstalt die Gemeinde ausser den im Gemeinderatsbeschluss über die Errichtung derselben niedergelegten Verbindlichkeiten übernommen hat. Weiters wird der Bürgermeister aufgefordert unverzüglich dafür Sorge zu tragen, dass aus der Firmabezeichnung der Anstalt die Worte "der Gemeinde Wien" gelöscht und so jeder missverständlichen Beurteilung des privaten Charakters der Anstalt vorgebeugt werde.

G.R. Preyer (chr. soz.) begründet die Dringlichkeit, er verweist auf die Vorkommnisse bei der Winex und auf die Defraudation von Gewerkschaftsgeldern bei den städtischen Elektrizitätswerken und erklärt, dass an die Defraudanten sogar Darlehen gewährt worden seien. Diese Darlehen müsse man als verloren betrachten. Der Gemeinderat sei berechtigt und verpflichtet, in die Sache Klarheit zu bringen, das liege im Interesse der Beamten und Bediensteten aber auch der Gemeindeverwaltung.

Der Anfrage wird die Dringlichkeit zuerkannt und Gemeinderat Preyer gibt der Erwartung Ausdruck, dass der Bürgermeister in das Meritum eingehen und entsprechende Aufklärungen geben werde.

Stadtrat Breitner führt aus: Zum ersten Punkt der Anfrage stelle ich als Finanzreferent fest, dass die Gemeinde ausser der Gründungseinlage gegenüber der Kreditanstalt für städtische Bedienstete keine sonstigen Verpflichtungen übernommen hat. Was den zweiten Teil des Antrag - die Titelfrage - anlangt, erlaube ich mir daran zu erinnern, dass gelegentlich der Beratung dieses Gegenstandes am 18. Juli 1922 auch von der Minderheit, die sonst an der Vorlage eine sehr eingehende Kritik geübt hat, der Firmenwortlaut unbeanstandet blieb. Es muss übrigens auch bemerkt werden, dass das Bundesministerium für Finanzen durch Genehmigung der Statuten den Firmenwortlaut gutgeheissen hat. Immerhin kann aber die Bezeichnung Kreditanstalt der Gemeinde Wien zu Missverständnissen führen. Wir werden mit der Kreditanstalt Führung nehmen, um eine einvernehmliche Abänderung zu erzielen.

Vorsitzender Weigl schliesst nun um 9 Uhr abends die Sitzung.

---o---o---o---o---